

Thüringer Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1354
zu Drucksache 8/1273
18.06.2025

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD

zu dem Antrag der Fraktion der AfD

- Drucksache 8/1273 -

Nein zu Eskalation und Kriegsbeteiligung: Thüringen muss im Sinne von Frieden und Diplomatie wirken und sich für die Wiedereinsetzung der Reichweitenbeschränkung deutscher Waffen in der Ukraine einsetzen

Für Frieden und Sicherheit in Europa – Thüringer Impuls für Diplomatie und Verantwortung

1. Der Thüringer Landtag verurteilt den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine als Bruch des Völkerrechts. Er bekräftigt das völkerrechtlich verankerte Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung und erkennt Europas Verantwortung für Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit an. Der Schutz von Leben, Freiheit und Souveränität aller Menschen bleibt oberstes Ziel. Der Landtag betont, dass der Einsatz militärischer Mittel allein nicht zu einem Ende des Krieges führen wird.
2. Der Thüringer Landtag unterstreicht die Dringlichkeit eines unverzüglichen Waffenstillstandes und diplomatischer Bemühungen, die auf eine gerechte und dauerhafte Friedenslösung im Sinne der UN-Charta hinwirken, dauerhafte Sicherheitsgarantien gewährleisten und die territoriale Souveränität der Ukraine achten. Wir fordern von Russland, die Aggression und insbesondere Angriffe auf zivile Ziele und Infrastruktur sofort zu beenden.
3. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, vorrangig im Verbund mit europäischen Partnern alles dafür zu tun, dass internationale Vermittlungsakteure – darunter die Vereinten Nationen, Drittstaaten oder multilaterale Bündnisse – auf Russland einwirken, sich substanziellem diplomatischen Dialog und damit Friedensverhandlungen nicht weiter zu verschließen.
4. Der Thüringer Landtag bekennt sich zu einer europäischen Sicherheitsordnung, die auf Dialog, Verlässlichkeit, Interessenausgleich und Gewaltverzicht setzt. Verteidigungsfähigkeit und Diplomatie sowie die multilaterale Respektierung der Sicherheitsinteressen gehören zu verantwortlicher Friedenspolitik.

5. Der Landtag würdigt zivilgesellschaftliche Beiträge zum Dialog über Frieden und Sicherheit. Er spricht sich dafür aus, sicherheitspolitische Debatten auf Landesebene stärker zu verankern – etwa durch öffentlich geförderte Bildungsformate, Projekte politischer Bildung und plural besetzte Bürgerräte, die eine breitere gesellschaftliche Mitwirkung ermöglichen und die Vielfalt sicherheitspolitischer Sorgen und Anschauungen sichtbar machen. Denkbare Themen und Positionen, die in solchen Bürgerräten zur Sprache kommen können, sind zum Beispiel:

- die Frage nach Bedingungen für Verhandlungen mit Russland,
- unterschiedliche Einschätzungen zu Waffenlieferungen und deren Grenzen,
- Sorgen vor einer weiteren Eskalation und Ausweitung des Krieges,
- Erwartungen an eine europäische Friedensordnung,
- Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung und Prävention,
- das Verhältnis von Sicherheitspolitik und gesellschaftlicher Resilienz.

Begründung:

Der Krieg gegen die Ukraine erschüttert die europäische Friedensordnung, fordert täglich Menschenleben und stellt die internationale Rechtsordnung auf eine ernste Probe. Frieden entsteht nicht durch Schweigen oder Rückzug, sondern durch die entschlossene Verteidigung der Prinzipien von Freiheit, Souveränität und Menschenwürde – und durch das fortwährende Bemühen, zu deeskalieren und gewaltfreie Lösungen zu ermöglichen.

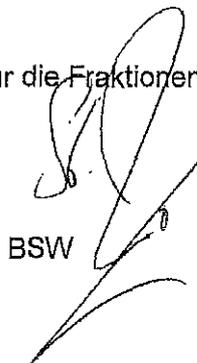
Auch wenn die Außenpolitik in der Zuständigkeit des Bundes liegt, ist es legitim und notwendig, dass der Thüringer Landtag seine Stimme erhebt – im Bewusstsein seiner verfassungsrechtlichen Pflicht zur Friedensförderung und getragen vom berechtigten Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach Stabilität, Verlässlichkeit, Deeskalation, internationaler Verständigung und Frieden.

Eine politische Kultur des Friedens braucht Realismus und Wertebindung ebenso wie Vernunft und Mut zum Dialog. Dieser Antrag bringt den festen Willen zum Ausdruck, an einer besseren, friedlicheren Ordnung Europas mitzuwirken – in Verantwortung für kommende Generationen.

Für die Fraktionen:



CDU



BSW



SPD